



Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Newsletter



Berlin, 27. Mai 2011

www.garreltduin.de

Ausgabe 5 / 2011 II

Ein Betrieb - ein Tarifvertrag

Vereint mit DGB und BDA zurück zur Tarifeinheit / Merkel hält ihre Zusage nicht ein

Splittergewerkschaften sind Gift für die meisten Arbeitnehmer, für Betriebsräte und Unternehmen. Sie unterhöheln langfristig die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber können sich nach einer kontinuierlichen Linie richten. Für Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ist klar: „Eine Minderheit darf nicht länger in der Lage sein, ganze Betriebe lahmzulegen oder zu schwächen.“ Die Lokführer-

Gewerkschaft GDL geht hier gegenwärtig mit schlechtem Beispiel voran.

Deshalb muss die Regierung das Tarifvertragsgesetz ändern. Kanzlerin Merkel hat dies längst versprochen, hält es aber bisher nicht ein. Ursprünglich wollte sie schon am Jahresanfang ein Gesetz vorgelegen, dann verschob sie es in der ersten Aprilwoche auf den Mai. Der Mai ist vorbei, still ruht der See. Es muss endlich

wieder gelten: Ein Betrieb - ein Tarif. Sollte die Regierung ihre Zusage nicht bald einlösen, behält sich die SPD eine Gesetzesinitiative vor. Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts ist es möglich, dass es in einem Betrieb mehrere Tarifverträge gibt, die jeweils nur für Mitglieder der abschließenden Gewerkschaft gelten. Das schadet den Betrieben, was in seltener Eintracht der DGB und der Arbeitgeberverband BDA bestätigen.

Allein jüngst haben sich vier neue Splittergewerkschaften gegründet: Für Servicekräfte in Krankenhäusern, Versicherungsfachkräfte, Flugzeugingenieure und Feuerwehrleute, eine fünfte für Pflegekräfte steht vor der Tür. Und das werden nicht die letzten Neugründungen sein.

BDA-Chef Hundt hat Recht, wenn er die Gefahr sieht, dass sich Deutschland mit der englischen Krankheit ansteckt. Sie grassierte vor Jahren in Großbritannien, als dort hunderte von Gewerkschaften die Wirtschaft dem Ruin nahe brachten. Duin: „Wir stehen zur Einheitsgewerkschaft und unterstützen DGB und BDA, den alten Zustand wieder herzustellen.“

Hoin!

Die Spritpreise sind zu hoch, sagen wir Autofahrer. Die Politik muss was dagegen tun, fordern viele. Die FDP versteht diese Forderung so, dass sie gleich über Ziel hinaus schießt. Sie setzt sich für ein so genanntes Entflechtungsgesetz ein. Demnach dürfte das Bundeskartellamt marktbeherrschende Konzerne sogar dann entflechten, sprich: teilweise enteignen, wenn diese gar keinen Missbrauch treiben. Das ist natürlich Unsinn. Den großen Benzinkonzernen kann das Bundeskartellamt nicht einmal nachweisen, dass sie gegen Gesetze verstoßen. Die Kartellwächter haben nur das Gefühl, dass die Spritpreise niedriger sein könnten. Dem schließen wir uns an. Aber verkneifen uns populistische Parolen, wie sie die FDP ausstößt. Einiges helfen würde, wenn der Benzinmarkt übersichtlicher wäre. Sollten wir es machen wie die Österreicher? Dort darf der Spritpreis nur zur selben Minute einmal am Tag erhöht werden. Der Autofahrer weiß, wo er am billigsten tanken kann. Ein Preiswettbewerb könnte so in Gang kommen.

Garrelt Duin

Einst Emden - heute Berlin



Günther Lachmann (links) war vor etlichen Jahren Redakteur der „Emder Zeitung“. Heute ist er Chefreporter von „Welt“ und „Welt-online“ in Berlin. Gelegentlich trifft er sich mit Garrelt Duin zum Gedankenaustausch, wie hier in dessen Abgeordnetenbüro im Jakob-Kaiser-Haus an der Wilhelmstraße in Berlin.

Merkels Stammtischparolen führen in die Sackgasse

Griechenland-Krise ist keine Krise des Euro / SPD: Auch private Gläubiger müssen herangezogen werden

Das Schicksal der Europäischen Union, der Schuldenländer und des Euro bewegen viele Menschen. Auch Politiker, Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter erörtern pausenlos diese Probleme in Berlin. Die meisten Fachleute sind sich einig: Wir haben keine Krise des Euros, sondern eine europapolitische Krise.

Fatal ist, dass die Bundesregierung kein Lösungskonzept hat. Kanzlerin Merkel verspielt mehr und mehr das internationale Ansehen Deutschlands und setzt in der EU und anderen internationalen Gremien wie dem Internationalen Währungs-Fonds IWF kaum etwas durch, was der Stärke unseres Landes entspricht. SPD-Fraktionschef Steinmeier hält ihr vor, das gute Ansehen Deutschlands zu verspielen. Dazu trägt auch bei, dass Merkel die Griechen pauschal als faul bezeichnet. Garrelt Duin: „Diese Stammtischparolen von Frau Merkel sind sehr kontraproduktiv.“ Um dem

Fass ohne Boden in Griechenland wieder einen Boden einzuziehen, sind zwei Dinge nötig: Eine Beteiligung auch der privaten Gläubiger an einer sanften Umschuldung und eine europäische Finanz-Transaktionssteuer. Mit Hilfe der Gläubigerbeteiligung muss das Land finanziell wieder ins Trockene kommen, mit Erlösen der Transaktionssteuer muss den Griechen beim Aufbau ihrer Wirtschaft geholfen werden. Eine fortdauernde Ausweitung des Rettungsschirms hilft keinem, weder den Griechen, dem Euro, dem deutschen Steuerzahler noch der deutschen Wirtschaft.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine glaubwürdige Wachstums-Perspektive für Griechenland und eine Senkung der erdrückenden Zinslasten durch die Gläubigerbeteiligung. Wie von vielen befürchtet, steckt Griechenland in einer abwärts gerichteten Rezessions-Spirale. Tatsächlich kann das Land keine EU-



Die Griechenland-Krise - Analyse und mögliche Auswege - war Thema einer Sitzung von SPD-Wirtschaftspolitikern in Berlin, wie hier mit den haushalts- und wirtschaftspolitischen Sprechern Carsten Schneider und Garrelt Duin.

Projekte gegenfinanzieren, Anleger bringen ihr Geld ins Ausland und griechische Sparer plündern ihre Konten. Spekulanten nehmen nach Griechenland längst andere verschuldete Euro-Staaten ins Visier und - außerhalb der Euro-Zone - sogar Großbritan-

nien. Duin: „Die EU muss die griechische Volkswirtschaft stärken und modernisieren - mit realen Investitionen statt eines nicht mehr tragbaren Mittelabflusses vor allem an ausländische Gläubiger. Hier muss die Krisenbekämpfung ansetzen.“

Nur mit den Kommunen

Energiewende: Regierung braucht den Konsens

Die Energiewende kann nur gemeinsam mit Landkreisen, Städten und Gemeinden gelingen. Deshalb wird es mit der SPD einen Energiekonsens nur geben, wenn die Bundesregierung die Kommunen mit ins Boot nimmt. Das bekräftigte SPD-Chef Sigmar Gabriel in einem Gespräch mit den Präsidenten des Verbandes kommunaler Unternehmen, Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil, des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bergkamens Bürgermeister Roland Schäfer.

Die drei maßgeblichen kommunalen Spitzenvertreter unterstützen

das Energiekonzept der SPD, das die dezentrale Energieversorgung über Stadtwerke vorsieht. Für eine Energiewende werden die vielen kommunalen Unternehmen als Investoren in neue Kraftwerke und in die Netze gebraucht. Stadtwerke investieren in erneuerbare Energien und energiesparende Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen.

Sigmar Gabriel: „Damit Deutschland die Chancen der Energiewende nutzen kann, muss die Bundesregierung gemeinsam mit der Opposition und allen gesellschaftlichen Gruppen den Weg in eine neue Versorgungsstruktur anlegen. Den Lippenbekenntnissen müssen Taten folgen.“

Milliarden weniger

Regierung stutzt Mittel für den Arbeitsmarkt

Gerade wirtschaftlich gute Zeiten müssen genutzt werden, Langzeitarbeitslose fit zu machen für eine Arbeit. Doch die Bundesregierung und Arbeitsministerin von der Leyen, CDU, machen genau das Gegenteil: Sie streichen zahlreiche Arbeitsmarktinstrumente und wollen bis 2015 fast acht Milliarden Euro sparen. Das Geld wird den Jobcentern, die Langzeitarbeitslose betreuen, trainieren und vermitteln, sehr fehlen.

Während die Regierung ihren Gesetzentwurf als wirksame Reform mit Eigenlob bedenkt, kommt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, die dem Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit vorsitzt, zu einem

ganz anderen Urteil: „Faktisch droht eine Kürzung der Arbeitsmarktprogramme in bunter Verpackung. Es ist ein Etikettenschwindel.“

Von der Leyen geht Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Ein-Euro-Jobs und dem Existenzgründungszuschuss an den Kragen. Bei anderen Instrumenten wird laut Buntenbach „die Hülle verändert und der Inhalt mangels Finanzierung geschrumpft“.

Acht Milliarden weniger für den Arbeitsmarkt ausgeben, aber damit bessere Ergebnisse als bisher erzielen. Garrelt Duin: „Ein Ding der Unmöglichkeit, unter dem Langzeitarbeitslose leiden werden.“

Kita der Arbeiterwohlfahrt nutzt „Frühe Chancen“

Kinder aus ausländischen und bildungsfernen Familien werden speziell sprachlich gefördert

Sprache und Integration ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt (Awo) in Norden. 50 Kinder werden dort betreut und sprachlich gefördert. Sie stammen aus ausländischen und bildungsfernen Familien. Die Awo-Kita in Norden ist eine von mehreren Kindertagesstätten in Ostfriesland, die mit dem Projekt „Frühe Chancen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt werden. Vor allem Kitas, die von Kindern unter drei Jahren besucht werden, erhalten Geld aus Berlin, mit dem sie eine Halbtagsstelle für eine Fachkraft bezahlen können, die sich mit Sprachförderung auskennt. Garrelt Duin war beeindruckt von der Arbeit in dieser vorbildlichen Kindertagesstätte: „Hier ist das Geld uneingeschränkt gut angelegt.“



Garrelt Duin besuchte die Kita der Arbeiterwohlfahrt in Norden, die als „Schwerpunkt-Kita Sprache & Integration“ vom Bundesfamilienministerium mit dem Projekt „Frühe Chance“ gefördert wird. Links Kita-Leiterin Hannelore Blüdel, stehend Awo-Kreisvorsitzende Marianne Schoolmann, rechts Awo-Geschäftsführer Florian Eiben.

Auf Seiten der Bürger

SPD gegen Wildwuchs von Mastställen

Die Landkreise Vechta und Cloppenburg stehen voll mit riesigen Tiermastanlagen. Stück für Stück pirschen sich jetzt Investoren an Ostfriesland heran. Auch Bauern entdecken die Intensivtierhaltung als wirtschaftliches Standbein.

Es droht ein Wildwuchs, der zu Lasten vieler Bürger geht, die unter den Immissionen dieser Hähnchen- und Schweineställe leiden. Landauf, landab entwickeln sich Bürgerinitiativen gegen die intensive Tierhaltung in der Nähe von Wohngebieten. Der Bundestag beschäftigt sich mit

der Zukunft der Intensivtierhaltung. Die SPD-Wirtschaftspolitiker haben dazu eine klare Haltung: Mastställe bringen kaum Jobs, sind schlecht für die Umwelt, nur die Investoren verdienen. Garrelt Duin: „Wir stehen auf der Seite der Bürger.“ Die SPD pocht auf rechtliche Möglichkeiten für die Kommunen, Mastställe zu verhindern, wo sie nicht hingehören. Denkbar sind Ausschluss- und Vorranggebiete. Eine Änderung des Baugesetzbuches reicht nicht, wie es die Grünen fordern. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz muss herangezogen werden.

Balance sichern

Bundesregierung findet keine neuen Investoren

EADS ist ein Eckpfeiler der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, auch zahlreiche Ostfriesen arbeiten in Werken in Varel und der Wesermarsch. Insgesamt beschäftigt EADS 121.600 Mitarbeiter, davon 43.000 in Deutschland. Mit 15 Prozent gehört der Daimler-Konzern zu den größeren Aktionären. Er will aber die Hälfte seiner Anteile verkaufen.

Das müsste längst die Bundesregierung auf den Plan gerufen haben, denn es geht darum, die deutsch-französische Balance in diesem Schlüsselunternehmen zu

wahren. Angela Merkel lässt jedoch die Zügel schleifen. Garrelt Duin: „Sie hätte längst neue Investoren finden müssen.“

Zu EADS gehören Airbus (zivile Luftfahrt), Eurocopter (Hubschrauber), Cassidian (Verteidigung) und Astrium (Weltraumfahrt). Deutsche Unternehmen, sowie eine französische und spanische Staatsholding halten mehr als die Hälfte der Anteile und haben einen Aktionärspakt geschlossen, der durch den partiellen Daimler-Rückzug eine Unwucht bekommen könnte.

„Zukunftsgespräche“ diesmal übers Ehrenamt

Dagmar Freitag, Vorsitzende des Bundestags-Sportausschusses, diskutiert mit Menschen der Praxis

Garrelt Duin und die SPD-Fraktion im Kreistag Aurich setzen die Reihe der „Zukunftsgespräche“ am Dienstag, den 31. Mai, um 18 Uhr im Bürgerhaus Ihlow fort. Jedermann ist eingeladen, sich über das Thema „Ehrenamt mit

Zukunft?“ zu informieren und auch zu diskutieren. Dagmar Freitag, Vorsitzende des Sportausschusses des Deutschen Bundestags, beleuchtet in einem Vortrag das Ehrenamt. Anschließend diskutiert sie auf dem Podium mit

Regina Meinen, Vorsitzende des Kinderschutzbundes in Emden, Anke Knöner, Vorsitzende der Gemeinschaft für Sport und Gesundheit Emden, und Mettin Köllmann, Vorsitzende des KBV Germania Lübbertsfehn. Das Pub-

likum kann Fragen stellen und Meinungen äußern. Mit kurzen Statements von Erwin Wenzel, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, und Garrelt Duin enden die Zukunftsgespräche.

Besucher aus dem Wahlkreis Unterems in Berlin



Eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis Unterems (Kreis Leer/nördliches Emsland) war zu Gast in der Berlin. Garrelt Duin betreut den Wahlkreis, der keinen eigenen sozialdemokratischen Abgeordneten stellt. Unter den Gästen waren auch Mitarbeiter des Arbeitskreises Schule Rhaderfehn. Auf dem Programm standen Besuche des deutsch-russischen Museums „Stätte der Kapitulation der Wehrmacht 1945“, der Mauergedenkstätte Bernauer Straße, des Reichstags und des Verteidigungsministeriums sowie eine Stadtrundfahrt.

Schirmherr bei Preisverleihung

Werner-Bonhoff-Stiftung tritt an gegen Paragraphen-Dschungel

Garrelt Duin war Schirmherr der Preisverleihung des Werner-Bonhoff-Preises, den die Bonhoff-Stiftung jährlich für Verdienste im Kampf gegen den Paragraphen-Dschungel verleiht. Festredner war Kurt Biedenkopf, Ex-Ministerpräsident des Freistaats Sachsen. Professor Schuppert, Humboldt-Universität Berlin, würdigte den Preisträger Kai Boedinghaus, Geschäftsführer des Bundesverbandes für freie Kammern, der gegen Zwangsmitgliedschaften bei Kammern eintritt.

Spruch der Woche

„Die Deutschen werden noch über Scherben robben, um billig fliegen zu können.“

Michael O'Leary, Chef von Ryan Air, in Bremen bei der Begrüßung des 60-millionsten Passagiers in Deutschland



Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445
 garrelt.duin@bundestag.de | www.garreltduin.de

Bildrechte

Eigene Aufnahmen, Frank Ossenbrink, Deutscher Bundestag